

*Feind*bild Migration

Falschinformationen,
die unsere Einwanderungs-
gesellschaft bedrohen



Neue deutsche
Medienmacher*innen

Eine Handreichung des



NO HATE
SPEECH
MOVEMENT

Die Narrative und Keywords, die in dieser Broschüre zusammengefasst werden, enthalten falsche, tendenziöse und menschenfeindliche Aussagen. Die aufgeführten Narrative und Keywords geben nicht die Perspektive der NdM wieder, sondern dienen lediglich der Zusammenfassung von bestehenden Falschinformationsnarrativen im Netz.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Feindbild Migrant*innen	6
Migrant*innen sind ein <i>Sicherheitsrisiko</i>	7
Deutschland <i>schafft sich ab</i>	11
Geflüchtete <i>verursachen</i> Wohnungsnot	15
Geflüchtete <i>betreiben Sozialtourismus</i>	19
Einwanderung ist <i>keine Lösung</i> für Fachkräftemangel	23
Feindbild Medien	28
Etablierte Medien bilden nur <i>staatlich genehmigte Meinungen</i> ab	29
Faktenchecker*innen <i>dienen</i> der Bundesregierung	33
Feindbild Regierungsparteien	38
Die EU hat die EU-Grenzen <i>geöffnet</i>	39
Parteien bürdern Migrant*innen ein, um eigene Wählerschaft <i>zu erhöhen</i>	43
Wahlen und Demokratie sind <i>nur eine Show</i>	47
Und was ist das Problem?	52
Zu unserer Erhebung	54
Quellenverzeichnis	56
Über uns	61

Einleitung

Fehl- und Desinformationen sind ein zunehmendes Problem für unsere pluralistische Demokratie. In Deutschland drehen sie sich besonders häufig um das Thema Migration.¹ Das Ziel: Menschen verunsichern, die Gesellschaft spalten und Feindbilder kreieren.

Die rechtsextremen Anschläge in Halle und Hanau zeigen, wozu digitaler Hass und Falschinformationen führen können. Die Täter haben sich im Internet radikalisiert.² Rassistische Weltbilder und Verschwörungsmythen finden sich nicht „nur“ in rechtsextremen Kreisen. Schleichend setzen sich einzelne Falschinformationen zu migrationsfeindlichen Narrativen zusammen.

Unter migrationsfeindlichen Narrativen verstehen wir Erzählungen über Migration und Migrant*innen, die (im Internet) weitverbreitet sind und auf Falschinformationen basieren. Oft entstehen sie durch das Hervorheben oder Weglassen von Einzelheiten bestimmter Ereignisse. In der Regel bestätigen und/oder beinhalten migrationsfeindliche Narrative ein Weltbild, das geprägt ist von Rassismus sowie Demokratie- und Medienfeindlichkeit. Wir haben zehn besonders weitverbreitete Narrative erfasst und überprüft.

Journalist*innen, die sich vor Desinformationen schützen oder gegen sie angehen möchten, sollten sie erkennen, als solche benennen und faktenbasiert widerlegen können. Nur durch Differenzierung, Fakten und Sensibilität für Falschinformationen kann sich Journalismus von gefühlten Internet-Wahrheiten unterscheiden. Weil es im Journalismus schnell gehen muss, fehlt es oft an Hintergrundwissen und Kontext zu migrationsfeindlichen Narrativen. Deswegen haben die Neuen deutschen Medienmacher*innen sich diese Erzählungen genauer angesehen.

Auf den folgenden Seiten haben wir zehn Falschinformationennarrative in kurzen Explainern zusammengefasst. Die Explainer sind gegliedert in die Feindbilder, die in den Narrativen kreiert werden: **Migrant*innen, Medien und Regierungsparteien**. In **10 kurzen Explainern** erklären wir, wie in dem Anti-Migrations-Narrativ argumentiert wird und was sich dem gegenüberstellen lässt.

Migrationsfeindliche Narrative greifen häufig auf wiederkehrende Formulierungen zurück, sogenannte Keywords. Begegnet man solchen Formulierungen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es sich um ein Falschinformationennarrativ handelt. Deshalb haben wir zu jedem Explainer auch dazugehörige Keywords aufgeführt.

Feindbild Migrant*innen

Narrativ 1

Migrant*innen sind ein Sicherheitsrisiko 7

Narrativ 2

Deutschland schafft sich ab 11

Narrativ 3

Geflüchtete verursachen Wohnungsnot 15

Narrativ 4

Geflüchtete betreiben Sozialtourismus 19

Narrativ 5

**Einwanderung ist keine Lösung für
Fachkräftemangel** 23

Narrativ 1

Migrant*innen sind ein *Sicherheitsrisiko*

→ **Das Narrativ:** Migrant*innen und dabei besonders Geflüchtete seien eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und damit ein Sicherheitsrisiko für Deutschland.

Die Argumentation

Dieses Narrativ unterstellt Migrant*innen, häufiger Straftaten zu verüben als Personen ohne Migrationsgeschichte. Sie seien angeblich besonders häufig beteiligt an sexuellen Nötigungen oder Straftaten gegen die öffentliche Ordnung. Um das zu argumentieren, wird die Kriminalstatistik selektiv ausgelegt und Nachrichtenberichterstattung und Videos dekontextualisiert. Straftaten in den Silvesternächten 2015 in Köln und 2022 in Berlin und Dortmund werden besonders häufig als vermeintlicher Beleg für eine generelle Bedrohung Deutschlands durch zugewanderte Menschen angeführt. Die überproportionale Darstellung von Straftaten, die von migrantischen Personen begangen wurden, stilisiert Menschen mit Einwanderungsgeschichte undifferenziert zur Bedrohung und zum Feindbild.

Dieses Narrativ läuft in seiner Zuspitzung auf die antisemitische Verschwörungserzählung des „großen Austausches“ hinaus. Diese behauptet, dass eine gezielte „Umvolkung“ stattfände, bei der die einheimische Bevölkerung durch Migration systematisch durch nicht-europäische „Völker“ ersetzt würde. Mehr Informationen dazu [hier](#).

Die Keywords

- ✗ Fachkräfte von Zukunft
- ✗ Politik gegen die eigene Bevölkerung
- ✗ Ampel-Ideologie
- ✗ Nancy Faeser ist ein Sicherheitsrisiko
- ✗ Importierter Islamterror
- ✗ Parallelgesellschaft
- ✗ Ampel muss weg
- ✗ die größte Bedrohung für unser Land
- ✗ Deutschland-Verrat
- ✗ Freifahrtschein für Kriminelle und Terroristen nach Deutschland

Gegenargumente

Es besteht kein nachweisbarer kausaler Zusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität.

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS)³ wurden im Jahr 2023 insgesamt 2.246.767 Millionen Tatverdächtige erfasst, davon wurden 923.269 als „nichtdeutsch“ eingestuft. Mit einem Anteil von 41 Prozent sind sie überrepräsentiert. Es ist jedoch wichtig zu bedenken, dass die Kategorie „Nichtdeutsche“ in der PKS auch Straftaten von Ausländer*innen wie bspw. Geschäftsreisenden umfasst. Ebenfalls in der Kategorie geführt werden ausländerrechtliche Verstöße, die nur von Ausländer*innen begangen werden können, wie illegale Einreise oder Aufenthalt. Die Zahl ausländischer Tatverdächtiger ins Verhältnis zum Anteil ausländischer Staatsbürger*innen an der Wohnbevölkerung in Deutschland zu setzen, ist also nicht zielführend. Auch muss berücksichtigt werden, dass in der Statistik Tatverdächtige und nicht tatsächlich Verurteilte erfasst werden. Damit ist sie nur bedingt aussagekräftig.⁴

Die Überrepräsentation „nichtdeutscher“ Tatverdächtiger in der Statistik lässt sich vielmehr durch Faktoren wie Alter, Geschlecht oder die soziale Lage erklären. Diese Faktoren beeinflussen das Risiko von Straffälligkeit unabhängig von nationaler Herkunft oder kultureller Prägung.⁵ Unter Migrant*innen und Geflüchteten sind beispielsweise junge Männer prozentual überrepräsentiert, eine Personengruppe, die herkunftsübergreifend die meisten Straftaten begeht.⁶ Untersuchungen weisen außerdem darauf hin, dass Menschen, die als fremd wahrgenommen werden, häufiger angezeigt werden als Deutsche.⁷ Eine Kausalität zwischen nationaler Herkunft oder kultureller Prägung und Kriminalität ist unbelegt.

- **Ausführlichere Informationen** zur Kriminalität in der Einwanderungsgesellschaft gibt es [hier](#).
- **Weitere Faktenchecks** zu diesem Thema [hier](#) und [hier](#).

Narrativ 2

Deutschland *schafft sich ab*

→ **Das Narrativ:** Deutschland verändere sich durch Migration so grundlegend, dass das Land nicht wiederzuerkennen sein werde. Insbesondere „die deutsche Kultur“, aber auch der Zugang zu Sozialleistungen für Personen ohne Migrationsgeschichte seien durch Migration bedroht. Grund dafür sei, dass Deutschland bald mehrheitlich von muslimischen Migrant*innen bewohnt sein würde, die zu viele Sozialleistungen in Anspruch nehmen würden.

Die Argumentation

Zurück geht diese Annahme auf die Vorstellung, migrantische Familien, insbesondere muslimische, bekämen mehr Kinder als Familien ohne Migrationsgeschichte. „Deutschen“ Familien hingegen stünden nicht genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung, um mehr Kinder zu bekommen. Demgegenüber würden, so das Narrativ, die migrantischen Familien Sozialleistungen beziehen und hätten daher genügend Geld zur Verfügung.

In Beiträgen, von denen dieses Narrativ lebt, wird ein „kulturfernes“ Bild von Migrant*innen gezeichnet, die die „deutsche Kultur“ beeinträchtigen. Die Vielfalt der kulturellen Hintergründe und Identitäten der Migrant*innen wird in diesem Narrativ oft auf eine unveränderliche Ferne von der „deutschen Kultur“ reduziert. Das Narrativ folgt dabei der Annahme, dass nur *autochthone Deutsche* in der Lage seien, eine vermeintliche deutsche Kultur zu bewahren. Mit anderen Worten wird von einer fundamentalen und über Generationen hinweg bestehenden Unvereinbarkeit zwischen migrantischen Gemeinschaften, insbesondere solchen muslimischen Glaubens, und der deutschen Kultur ausgegangen.

Die Keywords

- ✗ Deutschland schafft sich ab
- ✗ Thilo Sarrazin: brave man
- ✗ Migrations-Klartext
- ✗ Merz-Revolution
- ✗ Ampel-Ideologie
- ✗ Deutschland-Diagnose
- ✗ Schande für Deutschland
- ✗ Deutschland-Verrat

Gegenargumente

Weder die bisherigen Zahlen zu Geflüchteten noch die Geburtenraten deuten statistisch darauf hin, dass Deutschland in absehbarer Zeit mehrheitlich muslimisch sein wird. Ebenso lässt sich die Annahme, dass Sozialleistungen ein entscheidender Faktor für Flucht und Einwanderung sind, nicht bestätigen.

Die genaue Anzahl der Muslim*innen in Deutschland ist aufgrund fehlender systematischer Erfassung der Religionszugehörigkeit schwer zu bestimmen. Schätzungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für 2019 gehen von etwa 5,3 bis 5,6 Millionen Muslim*innen aus, was einem Anteil von 6,4 bis 6,7 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.⁸ Generell gilt: Längst nicht alle Migrant*innen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Herkunftsländern bezeichnen sich als Muslim*in.⁹

Hinsichtlich der Geburtenzahlen in Deutschland existieren keine präzisen Daten zur Religionszugehörigkeit der Mütter in der gesamtdeutschen Geburtenstatistik. Statistisch betrachtet ist es daher schwierig nachzuweisen, dass Musliminnen signifikant mehr Kinder bekommen würden als Deutsche. Laut dem Geburtenbericht des Statistischen Bundesamts von 2022 liegt die Geburtenrate von Frauen ohne deutsche Staatsbürgerschaft seit den 1990er-Jahren über der Geburtenrate von Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft. In der Differenz lässt sich jedoch keine klare Tendenz erkennen.¹⁰

Weder die Behauptung, dass Migrant*innen hauptsächlich nach Deutschland kommen, um Sozialleistungen zu erhalten, noch dass Migrant*innen bevorzugt im Sozialsystem behandelt werden, finden eine nachweisbare Bestätigung. Asylsuchende erhalten

während ihres Asylverfahrens Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die geringer sind als das Bürgergeld.¹¹ Anerkannte Geflüchtete haben bei Bedürftigkeit die gleichen Ansprüche an Sozialleistungen wie deutsche Staatsangehörige. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von 2023 zeigt zudem, dass 54 Prozent der von 2013 bis 2019 nach Deutschland zugezogenen Geflüchteten, nach sechs Jahren in Deutschland, erwerbstätig sind und 70 Prozent von ihnen eine qualifizierte Tätigkeit ausüben.¹² Das widerlegt Vorstellungen von einer ausschließlich auf Sozialleistungen ausgerichteten Einwanderung und betont vielmehr die Integrationsbereitschaft und den Arbeitswillen der Einwander*innen.

In dem Narrativ wird eine Unvereinbarkeit von Deutschsein und Muslimischsein hergestellt, die auf eine rassistische Vorstellung von Deutschsein zurückzuführen ist.¹³

→ **Ausführlichere Informationen** zu Islam und Muslim*innen gibt es [hier](#).

→ **Ausführlichere Informationen** zur Geburtenentwicklung in der migrantischen Bevölkerung gibt es [hier](#).

→ **Weitere Faktenchecks** zu diesem Thema gibt es [hier](#) und [hier](#).

Narrativ 3

Geflüchtete *verursachen* Wohnungsnot

→ **Das Narrativ:** Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, seien der Hauptgrund für den Mangel an Sozialwohnungen in Deutschland. Nach dieser Darstellung wird argumentiert, dass seit 2015 Geflüchtete vermeintlich sämtliche Sozialwohnungen beanspruchten, wodurch Personen ohne Fluchthintergrund so gut wie keine Sozialwohnungen kriegen würden.

Die Argumentation

Geflüchtete seien der Hauptgrund für Wohnungsmangel in Deutschland, sie beanspruchten seit 2015 sämtliche Sozialwohnungen. Zur Untermauerung dieser Behauptung wird häufig ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der neu gebauten Sozialwohnungen in einer Stadt und der Anzahl der Geflüchteten gezogen. Wenn die Zahl der Geflüchteten höher ist als die Zahl der neu gebauten Sozialwohnungen, wird aus einer angeblichen Kausalität geschlossen, dass alle Sozialwohnungen von Geflüchteten belegt sein müssten. Denn geflüchtete Personen seien angeblich grundsätzlich nicht erwerbstätig und verfügten daher nicht über ausreichendes Einkommen, um auf dem freien Markt eine Mietwohnung zu finden. Daher zögen sie allesamt in die Sozialwohnungen ein.

Die Keywords

✗ Flüchtlinge suchen Wohlstand, keinen Schutz

✗ Wirtschaftsflüchtlinge

✗ Für die [Geflüchteten] baut ihr

✗ Für die Ausländer werden die Sozialwohnungen gebaut

Gegenargumente

Es fehlen Belege dafür, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte, insbesondere Geflüchtete, der Hauptgrund für Wohnungsmangel in Deutschland sind.

Deutschland verzeichnete 2022 einen Rückgang des Bestands an Sozialwohnungen auf 1,09 Millionen, was einem Rückgang von etwa 41.000 Wohnungen im Vergleich zu 2020 entspricht.¹⁴ Dies setzt den langjährigen Trend des kontinuierlichen Rückgangs seit den 1990er-Jahren fort, als der Bestand an Sozialwohnungen noch bei schätzungsweise 2,87 Millionen lag.¹⁵ Die zunehmende Knappheit an bezahlbarem Wohnraum betrifft insbesondere Geringverdiener*innen, unabhängig von ihrer Herkunft, und ist nicht erst seit dem Anstieg der Geflüchtetenzahlen ein Problem.¹⁶ Besonders in Ballungszentren, in denen auch viele Geflüchtete aufgrund der Arbeitsmöglichkeiten, Infrastruktur und Zukunftsperspektiven leben, wird der Mangel an Sozialwohnungen deutlich spürbar.¹⁷ Einwanderung belastet die angespannte Situation zwar zusätzlich, weil mehr Menschen um Wohnungen konkurrieren, das lässt jedoch keine ausschließliche Begründung zu. Konkrete Zahlen, wie viele Geflüchtete in Sozialwohnungen leben, liegen nicht vor. Daher sind die Behauptungen in diesem Kontext unbelegt.

Gibt es zu wenig Sozialwohnungen, die dem Bedarf nicht gerecht werden, kann das Konkurrenzdebatten fördern. Dadurch wird ein Sozialneid gegenüber Geflüchteten geschürt, obwohl alle Bevölkerungsgruppen unter dem Wohnraummangel leiden – geflüchtete Menschen besonders akut.¹⁸ Asylsuchende haben eingeschränkte Chancen auf eigene Wohnungen, z. B. aufgrund fehlender Arbeitserlaubnis oder befristeter Aufenthaltsgenehmigungen.¹⁹ Der Wohnraummangel führt dazu, dass selbst anerkannte Geflüchtete oft

lange Zeit in Sammelunterkünften bleiben müssen.²⁰ Von einer Bevorzugung geflüchteter Menschen auf dem Wohnungsmarkt kann daher nicht die Rede sein. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von November 2023 zeigt zudem, dass 54 Prozent der von 2013 bis 2019 nach Deutschland gekommenen Geflüchteten nach sechs Jahren in Deutschland erwerbstätig sind. Ihre Erwerbstätigkeit bedeutet, dass sie aktiv zum Sozialsystem beitragen und ihr Gehalt auch über den Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen liegen kann.²¹

→ **Ausführlichere Informationen** zu Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt gibt es [hier](#).

→ **Weitere Faktenchecks** zu diesem Thema gibt es [hier](#) und [hier](#).

Narrativ 4

Geflüchtete *betreiben* *Sozialtourismus*

Das Narrativ: Geflüchtete würden Zuflucht in Deutschland suchen, um den Sozialstaat auszunutzen, obwohl sie den Schutz nicht bräuchten. Damit tragen sie laut Narrativ zu den wirtschaftlichen Problemen des Landes bei.

Die Argumentation

Grundlage dieses Narrativs ist die Unterstellung, dass Geflüchtete in ihren Herkunftsländern keinen großen Problemen und Gefahren ausgesetzt seien. Laut diesem Narrativ würden sie nicht vor Krieg oder Verfolgung in Deutschland Schutz suchen, sondern sie kämen nach Deutschland, um finanzielle Vorteile auszunutzen. Das Narrativ unterstellt Geflüchteten, zuletzt vor allem Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, Syrien oder Afghanistan, dass sie sich nicht integrieren wollten, sondern nur von finanziellen Vorteilen profitieren würden. Als vermeintlicher Beleg hierfür wird behauptet, sie würden regelmäßig in ihre jeweiligen Heimatländer fahren, um Urlaub zu machen oder ihre Verwandten zu besuchen. Die Erzählung wird durch angebliche Beweise wie die Behauptung, dass Busse aus Deutschland in die Ukraine ausgebucht seien, unterstützt. Seit der Ankunft ukrainischer Geflüchteter wird das Narrativ häufiger verbreitet.

Die Keywords

- ✗ Sozialtourismus
- ✗ Wirtschaftsflüchtlinge
- ✗ Pull-Faktor
- ✗ Wir Idioten können ja zahlen
- ✗ Es sind keine Flüchtlinge
- ✗ Einwanderer in das Sozialsystem

Gegenargumente

Es gibt keinerlei Belege dafür, dass Geflüchtete in erster Linie nach Deutschland kommen, um Sozialleistungen zu beziehen. Eine Untersuchung mehrerer Studien zeigt, dass die Annahme, Migrant*innen und insbesondere Geflüchtete könnten die Sozialsysteme missbrauchen, übertrieben ist und sich als größtenteils unbegründet erweist.²²

Generell gilt: Geflüchtete erhalten während ihres Asylverfahrens in Deutschland Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese Leistungen stellen ausschließlich eine Grundversorgung dar.²³

Menschen suchen Schutz vor den verheerenden Folgen von Krieg, Armut, Gewalt und Terror in ihren Heimatländern, wobei auch potenzielle Arbeitsmöglichkeiten eine wichtige Rolle spielen.²⁴ Im Jahr 2023 stellten hauptsächlich Menschen aus Syrien, der Türkei, Afghanistan, dem Irak²⁵ und dem Iran²⁶ Asylanträge in Deutschland. Die Lage in diesen Ländern verdeutlicht die Gründe der Flucht: In Syrien hält die Gewalt unvermindert an, während die türkische Regierung repressiv gegen Regimekritiker*innen vorgeht. In Afghanistan verschärft sich die Unterdrückung der Taliban-Herrschaft, während der Irak als gescheiterter Staat gilt. Und im Iran werden Menschen, die gegen das Regime protestieren, inhaftiert, gefoltert oder hingerichtet.²⁷

Außerdem gibt es derzeit kaum noch legale und sichere Fluchtwege, wodurch Geflüchtete gezwungen sind, ihr Leben auf gefährlichen Routen zu riskieren.²⁸

Von den gesetzlichen Regelungen für Asylsuchende ausgenommen sind Ukrainer*innen, die vor dem russischen Angriffskrieg nach Deutschland geflohen sind.²⁹ Als anerkannte Kriegsflüchtlinge³⁰ sind

sie in Bezug auf Sozialleistungen mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt³¹ und können Bürgergeld beantragen. Es gibt jedoch weder Belege für die Behauptung, dass Ukrainer*innen in Deutschland systematisch unrechtmäßige Sozialleistungen beziehen, noch dafür, dass sie massenhaft in die Ukraine zurückreisen, um dort Urlaub zu machen.

→ **Ausführlichere Informationen**
zu den Rechten von ukrainischen
Kriegsflüchtlingen gibt es [hier](#).

→ **Ausführlichere Informationen**
zu Fluchtursachen der
Migrationsforschung gibt es
[hier](#) und [hier](#).

→ **Weitere Faktenchecks** zum
vermeintlichen „Sozialtourismus“,
den Geflüchtete angeblich be-
trieben, gibt es [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

→ **Weitere Faktenchecks** zum
angeblichen Sozialbetrug durch
ukrainische Geflüchtete gibt es
[hier](#), [hier](#) und [hier](#).

Narrativ 5

Einwanderung ist *keine Lösung* für Fachkräfte- mangel

Das Narrativ: Der Fachkräftemangel sei nur ein Vorwand, damit mehr Migrant*innen über einen legalen Weg nach Deutschland einwandern könnten. Laut diesem Narrativ könne Einwanderung das Problem des Fachkräftemangels nicht beheben.

Die Argumentation

Dieses Narrativ teilt den Fachkräftemangel beliebig in einen realen und einen vermeintlich durch Medien und Politik erfundenen Fachkräftemangel ein. Basierend auf dieser Einteilung sei der angeblich reale Fachkräftemangel durch verschiedene Maßnahmen, wie bspw. die Rekrutierung von Arbeitskräften innerhalb Europas, überwindbar. Daher bestehe kein Bedarf, Arbeitskräfte aus Drittstaaten nach Deutschland einwandern zu lassen.

Laut dieser Erzählung sei das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das im November 2023 in Kraft getreten ist, wenig aussichtsreich. Es würde lediglich die Einwanderung für nicht bzw. gering qualifizierte Menschen aus Drittstaaten nach Deutschland vereinfachen. Daher sei mit einer verstärkten Einwanderung von nicht bzw. gering qualifizierten Menschen aus Drittstaaten nach Deutschland zu rechnen.

Um diese Behauptungen zu untermauern, werden Aussagen von Politiker*innen aus dem Kontext gerissen und die Berichterstattung u. a. zum Bürgergeld verzerrt interpretiert.

Die Keywords

✗ Das Märchen vom Fachkräftemangel

✗ Fachkräftemangel-Lüge

✗ Mehr Bildung statt Ideologie

✗ Ampel-Ideologie

Gegenargumente

Es gibt keinerlei Belege dafür, dass der Fachkräftemangel lediglich als Vorwand für eine verstärkte Einwanderung nach Deutschland dient. Tatsächlich ist der Fachkräftemangel in Deutschland zu einem branchenübergreifenden Problem geworden, das sowohl die Politik als auch die Wirtschaft herausfordert.

Eine Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln zeigte bereits 2017, dass zwei von drei Stellen in sogenannten Engpassberufen unbesetzt blieben oder schwer zu besetzen waren.³² Die Mehrheit der unbesetzten Stellen erfordert Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung. Die Situation wird voraussichtlich noch kritischer: Prognosen deuten darauf hin, dass die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland bis 2060 um mehrere Millionen sinken wird.³³

Die Ursachen des Fachkräftemangels sind vielfältig. Ein entscheidender Faktor ist der demografische Wandel in Deutschland. Mit einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung gehen mehr Menschen in Rente, als junge Arbeitskräfte nachkommen, was zu einem spürbaren Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung führt.³⁴ Hinzu kommen unter anderem die Akademisierung der Arbeitswelt, die fortschreitende Digitalisierung mit neuen Anforderungen an die Arbeitskräfte und die sich wandelnden Berufspräferenzen und Erwartungen an den Arbeitsplatz.³⁵

Das Potenzial für Fachkräfte aus der EU ist begrenzt. Viele europäische Länder sind mit ähnlichen demografischen Herausforderungen wie Deutschland konfrontiert. Außerdem haben sich die Einkommensunterschiede zwischen den EU-Mitgliedsländern verringert und das Migrationspotenzial nach Deutschland abgenommen.³⁶ Entgegen der Behauptung ist der Fachkräftemangel durch

Rekrutierung von Arbeitskräften innerhalb Europas nicht überwindbar und die Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten außerhalb der EU notwendig.³⁷ Um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung daher das Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz erleichtert es Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern, nach Deutschland zu kommen, indem die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfacht wird und neben der Berufsausbildung nun auch die Berufserfahrung zählt.³⁸ Da das Gesetz aus mehreren Teilen besteht und bis Juni 2024 schrittweise in Kraft tritt, ist es derzeit noch nicht möglich, vorherzusagen, wie viele Menschen aus Drittstaaten mit welchen Qualifikationen in Zukunft einwandern werden.

Zusätzlich zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat die Bundesregierung im Sommer 2023 auch ein Aus- und Weiterbildungsgesetz beschlossen, das darauf abzielt, die Qualifikation der Erwerbstätigen in Deutschland zu verbessern.³⁹ Das zeigt, dass die Bundesregierung in diesem Bereich nicht ausschließlich auf Einwanderung setzt.

→ Weitere Informationen zum Fachkräftemangel und welche Bereiche besonders betroffen sind, gibt es [hier](#).

Feindbild Medien

Narrativ 1

**Etablierte Medien bilden nur *staatlich*
genehmigte Meinungen ab**

29

Narrativ 2

**Faktenchecker*innen *dienen* der
Bundesregierung**

33

Narrativ 1

**Etablierte
Medien bilden
nur *staatlich*
genehmigte
Meinungen ab**

Das Narrativ: Medien, vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk, würden eine bestimmte Agenda verfolgen, die mit der des Staates übereinstimme. Laut diesem Narrativ berichten etablierte Medien nicht über Fakten und Zahlen, die vom vermeintlichen „staatlichen Kurs“ abweichen.

Die Argumentation

Etablierte Medien, besonders der öffentlich-rechtliche Rundfunk, würden kritische Diskussionen zu Themen wie Migration bewusst verhindern und politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen, die diese „alternativen Ansichten“ vertreten, zu wenig Raum bieten.

Die Keywords

✗ Orwellsche Ära

✗ Staatsmedien

✗ Systemmedien

✗ Lügenpresse

✗ Zwangsgebühr

✗ Migrationsprobleme: ein No-Go bei der ARD

✗ Zensur unabhängiger Medien

Gegenargumente

Es gibt keine nachweisbaren Belege dafür, dass etablierte Medien, darunter führende Medienkanäle sowie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, ausschließlich zugunsten der Bundesregierung berichten. Medien in Deutschland bilden eine Vielzahl von verschiedenen Themen und Meinungen ab und unterliegen keiner staatlichen Zensur.

Die Vielfalt der Medienlandschaft in Deutschland bietet den Bürger*innen eine breite Auswahl an Nachrichtenquellen, unabhängig von der politischen Ausrichtung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird zudem vom jeweiligen Rundfunkrat kontrolliert, der sicherstellt, dass eine Vielfalt von Meinungen und Standpunkten präsentiert wird.⁴⁰ Auch wenn viele Rundfunkratsmitglieder nachweislich staatsnah sind und die pluralistische Gesellschaft noch nicht ausreichend repräsentieren⁴¹, bietet der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner Programmgestaltung vielfältige Themen an. Laut einer Studie von 2024 war sowohl die Vielfalt der behandelten Themen als auch die Akteursvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten durchweg hoch. Obgleich die Autor*innen hinsichtlich der Perspektivenvielfalt in Nachrichtenmedien Raum für mehr konservative und marktliberale Positionen sehen, so kommen sie dennoch zu dem Schluss, dass eine besonders einseitige Berichterstattung nicht vorliegt. Die Ergebnisse der Studie widerlegen die Behauptung, dass die Nachrichtenformate des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Vergleich zu anderen Nachrichtenmedien besonders einseitig seien und keinen Raum für gesellschaftlich sensible Themen, wie bspw. Migration, bieten würden.⁴² Nur weil eine individuelle Meinung vielleicht weniger prominent vertreten ist als gewünscht, kann deshalb nicht von Zensur gesprochen werden.

Die Pressefreiheit sowie die Meinungs- und Zensurfreiheit sind grundlegende Säulen der deutschen Demokratie und sind im Grundgesetz fest verankert. Artikel 5 des Grundgesetzes legt fest: „Eine Zensur findet nicht statt.“⁴³ Damit sind die Presse- und Meinungsfreiheit vor staatlicher Zensur geschützt.

Der jährliche Bericht „Freedom in the World“ von „Freedom House“ bestätigt Deutschlands starke Position in Bezug auf politische Rechte und Bürgerfreiheiten im internationalen Vergleich.⁴⁴ Trotz der Garantie der Zensurfreiheit durch das Grundgesetz ist die Meinungsfreiheit nicht absolut. Sie bedeutet nicht, dass uneingeschränkt alles gesagt und geschrieben werden darf, ohne Konsequenzen zu tragen. Denn andere Rechtsgüter wie das Recht der persönlichen Ehre, der Straftatbestand der Volksverhetzung und gesetzliche Vorschriften zum Schutz der Jugend setzen ihr klare Grenzen.⁴⁵

→ Weitere Informationen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es [hier](#).

Narrativ 2

Fakten- checker*innen *dienen* der Bundesregierung

Das Narrativ: Faktenfinder*innen und Faktenchecker*innen seien „der lange Arm der Regierung“ und würden die Meinungsfreiheit einschränken. Es wird der Eindruck erzeugt, Faktenchecks dienen nicht der Aufdeckung von Falschinformationen, sondern der Bundesregierung oder eigenen Zielen.

Die Argumentation

Diese Erzählung unterstellt Faktencheck-Redaktionen, dass sie den freien Informationsfluss verhindern würden, indem sie regierungskritische Informationen durch ihren Faktencheck diskreditierten. Als ein angebliches Instrument der Bundesregierung würden Faktencheck-Redaktionen die Opposition einschüchtern, indem sie regierungskritische Meldungen als falsch bezeichnen würden. So wird beispielsweise dem Medienhaus Correctiv vorgeworfen, von der Bundesregierung gefördert zu werden, um „staatsgenehmene“ Narrative zu stärken.

Zusätzlich dazu wird behauptet, dass die etablierten Medien in den vergangenen Jahren an Zuschauerschaft verloren hätten und deswegen eine Kampagne gegen sogenannte alternative Medien und Influencer*innen gestartet hätten.

Beide Aspekte der Erzählung arbeiten mit einer verfälschten Interpretation von Faktencheck-Beiträgen und mit Dekontextualisierungen. Als Beleg dafür, dass Redaktionen absichtlich Fakten täuschen würden, wird ein Fehler der Faktenfinder-Redaktion der ARD⁴⁶ angeführt. Der Redaktion war ein Übersetzungsfehler unterlaufen, der erst nach Veröffentlichung behoben wurde.

Die Keywords

✗ Faktenchecker checken keine Fakten

✗ Linke Faktenchecker

✗ Die neue Zensur heißt Faktencheck

Gegenargumente

Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Regierung Faktencheck-Teams beeinflusst. Die Medienlandschaft in Deutschland spiegelt eine Vielfalt von Themen und Meinungen wider, ohne dabei einer staatlichen Kontrolle zu unterliegen. Dies gilt auch für die Faktencheck-Redaktionen.

Faktencheck-Teams wählen die zu überprüfenden Beiträge nach Kriterien wie Aktualität, Reichweite und potenziellem Schaden für die Gesellschaft aus. Die Beiträge überprüfen sie mit objektiven und nachvollziehbaren Methoden. Faktencheck-Redaktionen konzentrieren sich darauf, Beiträge und Informationen anhand von Belegen und Primärquellen zu analysieren. Diese Quellen umfassen Daten, Dokumente, Aussagen von Augenzeug*innen, Betroffenen, Behörden und Einordnungen von Wissenschaftler*innen. Die Faktencheck-Teams dokumentieren ihren Rechercheweg transparent und legen offen, wie sie eine Information überprüft haben und auf welche Quellen sie sich bezogen haben. Faktenchecks zielen nicht darauf ab, individuelle Meinungen zu bewerten.⁴⁷

Um die Unabhängigkeit von Faktencheck-Teams zu sichern, wird die Einhaltung von bestimmten Standards von internationalen Organisationen wie dem International Fact-Checking Network geprüft. Zu diesen Standards gehören Überparteilichkeit, Fairness, Transparenz der Quellen und Finanzierung sowie Transparenz der Methodik und Korrekturpolitik.⁴⁸

Die Finanzierung von Faktencheck-Redaktionen variiert. Faktencheck-Teams, die Teil eines Medienhauses sind, erhalten ihre Mittel direkt von diesem, wie BR24 #Faktenfuchs.⁴⁹ Demgegenüber stehen unabhängige Faktencheck-Initiativen, deren Einkünfte aus einer Vielzahl

von Quellen stammen, darunter Spenden, Fundraising-Aktionen, öffentliche Förderungen und Förderungen von Techfirmen oder Stiftungen, wie bei Correctiv.⁵⁰ Die dpa-Faktencheckredaktion wurde im Jahr 2021 und 2022 auch durch Kooperationspartner wie Meta und TikTok sowie durch öffentliche Förderprojekte des EU-Parlaments unterstützt.⁵¹ Dies impliziert jedoch keineswegs eine Einflussnahme der finanziellen Unterstützer auf die journalistische Arbeit. Der Pressekodex gibt die strikte Trennung zwischen Verlag und Redaktion vor, was die redaktionelle Unabhängigkeit von finanziellen Zuwendungen sicherstellen soll.⁵²

Für die Behauptung, die öffentlich-rechtlichen Medien würden gezielte Kampagnen gegen Influencer*innen führen, um ihre vermeintlich verlorenen Zuschauer*innen zurückzugewinnen, gibt es auch keine Belege. Laut der AGF Videoforschung weisen alle TV-Nutzungswerte 2022 eine rückläufige Tendenz gegenüber den Vorjahren auf.⁵³ Jedoch ist laut der Mainzer Langzeitstudie das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk trotz aller Diskussionen hoch.⁵⁴ Die Faktencheck-Redaktionen überprüfen Beiträge und Informationen auf einer Vielzahl von Plattformen. Darunter befinden sich auch Beiträge von Influencer*innen, Facebook-Seiten, Telegram- und Youtube-Kanälen. Die seltene Überprüfung von Berichten etablierter Medien durch Faktencheck-Redaktionen lässt sich auf die journalistischen Standards, Qualitätskontrollen und Regulierungen in Redaktionen zurückführen.⁵⁵ Etablierte Medien unterliegen internen und externen Überwachungsmechanismen, wodurch Fehler in der Regel rasch korrigiert werden. Soziale Medien, Messengerdienste, private Blogs hingegen weisen oft einen Mangel an vergleichbaren Kontrollmechanismen auf. Daher beschäftigen sich die Faktencheck-Redaktionen öfter mit Informationen, die dort verbreitet werden.

→ **Mehr Informationen** zum International Fact-Checking Network gibt es [hier](#).

Feindbild Regierungs- parteien

Narrativ 1

Die EU hat die EU-Grenzen *geöffnet* 39

Narrativ 2

Parteien bürgern Migrant*innen ein,
um eigene Wählerschaft zu erhöhen 43

Narrativ 3

Wahlen und Demokratie sind *nur eine Show* 47

Narrativ 1

Die EU hat die EU-Grenzen *geöffnet*

Das Narrativ: EU-Institutionen und Politiker*innen der Europäischen Union hätten die EU-Grenzen „geöffnet“, um Geflüchteten einen einfachen Zugang zu Europa, besonders nach Deutschland, zu ermöglichen. Damit solle für gezieltes Chaos in Deutschland gesorgt werden.

Die Argumentation

Im September 2023 besuchte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, auf Einladung der italienischen Regierung die Mittelmeerinsel Lampedusa.⁵⁶ Kurz darauf verbreiteten sich in den Sozialen Netzwerken Behauptungen, dass der EU-Grenzschutz im Mittelmeerraum „deaktiviert“ worden sei. Der Weg nach Europa stünde seither für Millionen von Geflüchteten, vor allem aus Nordafrika, offen. Es wird nicht konkretisiert, welche EU-Institution aus welchem Grund diese Entscheidung getroffen habe.

Das Narrativ legt seinen Fokus auf die dramatische Lage auf der Insel Lampedusa. Es vermittelt den Eindruck, dass das auf Lampedusa herrschende Chaos außer Kontrolle geraten sei und bald auch in Deutschland herrschen werde. Denn „Millionen“ von Geflüchteten befänden sich bald auf dem Weg von Lampedusa nach Deutschland und würden eben dieses Chaos mitbringen. Um das Narrativ zu begründen, werden Videos und Fotos von der Situation auf Lampedusa geteilt, die zum Teil gefälscht sind.

Dieses Narrativ läuft in seiner Zuspitzung auf die antisemitische Verschwörungserzählung des „großen Austausches“ hinaus. Diese behauptet, dass eine gezielte „Umvolkung“ stattfände, bei der die einheimische Bevölkerung durch Migration systematisch durch nicht-europäische „Völker“ ersetzt würde. Mehr Informationen dazu [hier](#).

Die Keywords

✕ Flüchtlings-Verschwörung (antisemitischer Code)

✕ Heimatschützen

Gegenargumente

Die Behauptung, dass der Grenzschutz der Europäischen Union (EU) im Mittelmeer aufgehoben wurde, ist falsch.

Die EU-Agentur Frontex ist weiterhin für den Schutz der europäischen Außengrenzen verantwortlich.⁵⁷ EU-Rat und Europaparlament haben sich im Dezember 2023 auf eine weitreichende Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt, die eine deutliche Verschärfung der Asylbestimmungen vorsieht und zu einem härteren Umgang mit Migrant*innen ohne Bleibeperspektive führt. Neben der Einführung strengerer Grenzkontrollen sieht sie unter anderem einheitliche Verfahren an den Außengrenzen und eine Neuregelung bei der Verteilung von Geflüchteten vor. Eine Aufhebung des Grenzschutzes ist demnach keineswegs zutreffend.⁵⁸

Bei ihrem Besuch auf Lampedusa im September 2023 kündigte von der Leyen keine Einstellung des EU-Grenzschutzes an. Stattdessen sagte sie Italien Unterstützung durch die Europäische Kommission und Frontex zur Bewältigung des hohen Andrangs von Geflüchteten zu. Außerdem präsentierte sie einen 10-Punkte-Plan⁵⁹, der unter anderem vorsieht, die Überwachung der EU-Außengrenzen auf See und aus der Luft mithilfe von Frontex zu verstärken.⁶⁰

- Ausführlichere Debatten zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gibt es [hier](#), [hier](#) und [hier](#).
- Weitere Faktenchecks gibt es [hier](#) und [hier](#).

Narrativ 2

Parteien bürdern Migrant*innen ein, um eigene Wählerschaft *zu erhöhen*

Das Narrativ: Parteien wie SPD oder Bündnis 90/Die Grünen würden das Einbürgerungsrecht lockern, um den Kreis der Wahlberechtigten gezielt auszuweiten und damit mehr Wählerstimmen zu erhalten.

Die Argumentation

Menschen, die wenig über Deutschland und die deutsche Politik verstünden, würden gezielt eingebürgert, um damit die Wahl zu manipulieren. Neu Eingebürgerte würden ihre Wahlentscheidung nicht nach den Inhalten einer Partei richten, sondern die Parteien wählen, die ihre eigene Einbürgerung ermöglicht haben oder noch weitere Zuwanderung aus ihren Heimatländern nach Deutschland ermöglichen.

Als vermeintlichen Beleg für diese Behauptung wird auf die verabschiedete Reform des Einbürgerungsrechts verwiesen, die die Einbürgerung vereinfachen soll.

Verbreitet wird hierbei die Behauptung, dass Parteien wie SPD und Bündnis 90/Die Grünen durch die Einbürgerung von Migrant*innen die Wählerschaft „de-rationalisieren“ würden. Mit De-Rationalisierung ist gemeint, dass die eingebürgerte Wählerschaft nicht in der Lage sei, rationale Wahlentscheidungen zu treffen, und stattdessen Parteien wähle, die keine „vernünftige Politik“ führen. Mit „vernünftige Politik“ wird in diesem Narrativ eine Politik verbunden, die Migration sowie Klimaschutzmaßnahmen ablehnt. Es wird im Umkehrschluss davon ausgegangen, dass rational handelnde Bürger*innen nicht die SPD und das Bündnis 90/Die Grünen wählen würden.

Die Keywords

✗ Ampel muss weg

✗ Standards für deutschen Pass

✗ Hände weg von der Staatsbürgerschaft

Gegenargumente

Für die Behauptung, dass Parteien Einbürgerungen erleichtern würden, um damit das Wahlergebnis zu manipulieren, gibt es keinerlei Belege. Genauso wenig belegen lässt sich die Behauptung der bewussten „De-rationalisierung“ der Wählerschaft.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 168.775 Einbürgerungen verzeichnet, was lediglich 3,1 Prozent der seit mindestens zehn Jahren in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen entspricht – ein vergleichsweise geringer Anteil.⁶¹ Ob die Einbürgerungszahlen durch die Anfang 2024 verabschiedete Reform des Staatsangehörigkeitsrecht steigen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Die Reform ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen, dass Menschen in Deutschland schneller eingebürgert werden können und damit auch wahlberechtigt sind.⁶² Die Wahlentscheidung neu eingebürgerter Menschen lässt sich ebenfalls nicht vorhersehen.

Die genauen Gründe, aus denen migrantische Gruppen bestimmte Parteien wählen, sind aufgrund unzureichender Datenlage größtenteils unklar. Besser untersucht sind hingegen Parteipräferenzen von Menschen mit Migrationsgeschichte. Lange galt, dass ehemalige Gastarbeiter*innen und ihre Nachkommen dazu tendierten, die SPD zu wählen, während Spätaussiedler*innen eher zur CDU/CSU neigten.⁶³ Aktuellere Studien zeigen jedoch, dass diese alten Parteibindungen teilweise abnehmen und eine höhere parteipolitische Mobilität zu beobachten ist – ein Trend, der sich generell in der Wahlverhaltensforschung zeigt.⁶⁴

Abgesehen davon gibt es allgemeine Faktoren, die das Wahlverhalten unabhängig von der Herkunft beeinflussen. Dazu zählen

langfristige Parteibindungen, die Vorliebe für bestimmte Kandidat*innen, politische Programme, die Bewertung der Regierungsleistung sowie soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung und Religionszugehörigkeit.⁶⁵

→ **Ausführlichere Informationen**

zur politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte gibt es [hier](#).

→ **Weitere Studien** zum Wahl-

verhalten von Menschen mit Migrationsgeschichte gibt es [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

Narrativ 3

Wahlen und Demokratie sind *nur eine Show*

Das Narrativ: Wahlen seien lediglich ein Instrument, um der Bevölkerung das Gefühl der Teilhabe vorzutäuschen, während die tatsächlichen politischen Entscheidungen bereits im Vorfeld feststünden. Wahlen seien deswegen unwirksam.

Die Argumentation

Um dieses Narrativ zu begründen, werden oft Zitate aus dem Kontext gerissen und selektiv verwendet, um den Eindruck zu erwecken, dass dieselbe Politik verfolgt wird, egal welche der bisherigen Regierungsparteien die Regierungsgewalt innehat.

Zur Verstärkung dieses Arguments werden Satire-Sendungen als vermeintliches Indiz herangezogen, die aber nicht als Satire gekennzeichnet werden. So wird der Eindruck vermittelt, politische Prozesse und Wahlen seien lediglich „Theater für die Öffentlichkeit“ und die „eigentlichen Entscheidungen“ würden anderswo getroffen. Wer genau vermeintlich diese Entscheidungen trifft, wird meist nicht konkretisiert.

Das Narrativ läuft in seiner Zuspitzung auf die antisemitische Verschwörungserzählung „New World Order“ hinaus. Diese behauptet, dass eine geheime Elite mit dem Ziel arbeitet, eine autoritäre Weltregierung zu etablieren, die nationale Souveränität und individuelle Freiheiten abschafft. Mehr Informationen gibt es [hier](#).

Die Keywords

✗ Die da oben (antisemitischer Code)

✗ Wahrheit trauen

Gegenargumente

Für die Behauptung von Schein-Wahlen gibt es keine Belege. Auch die Behauptung, dass Wahlen keine Veränderungen bewirken, ist unzutreffend und verkennt, dass die liberale Demokratie eine äußerst dynamische Staats- und Herrschaftsform ist.

Denn die liberale Demokratie zeichnet sich durch Pluralismus, Meinungsvielfalt, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Schutz der Menschenrechte und Wahl- und Beteiligungsrechte aus. Diese Merkmale unterstreichen ihre Anpassungsfähigkeit und Flexibilität in einer sich ständig verändernden Gesellschaft. Wahlen legitimieren die politische Führung, kontrollieren diese und sichern die Bindung der Politik an die Meinung der Bürger*innen. Deutschland ist eine Parteiendemokratie, in der jede Partei ihre eigenen politischen Grundsätze, Inhalte und Programme vertritt. Wahlen zeigen, dass verschiedene Parteien die politische Führung übernehmen und unterschiedliche politische Schwerpunkte setzen können.⁶⁶ Unter der sechzehnjährigen Amtszeit von Angela Merkel,⁶⁷ vor allem in den beiden letzten Kabinetten der Großen Koalition, gab es eine gewisse Kontinuität in der Politikgestaltung und wenig Reformvisionen.⁶⁸ Doch die letzte Bundestagswahl brachte eine historische Veränderung: Erstmals bildete sich eine rot-grün-gelbe Koalition, die den Regierungsauftrag übernahm.⁶⁹ Diese Veränderung spiegelt sich auch in politischen Maßnahmen wider.⁷⁰ Dies unterstreicht die dynamische Natur der politischen Landschaft und widerlegt die Vorstellung einer konstanten Politik unabhängig von den regierenden Parteien.

Deutschland belegt im Demokratie-Index von der „Economist Intelligence Unit“ (EIU) 2023 den 12. Platz von 167 und erzielt besonders gute Ergebnisse in Bezug auf Wahlverfahren und Pluralismus.

Dies spiegelt die Offenheit, Transparenz und das Funktionieren des Wahlsystems und der Machtübergabe wider.⁷¹ Die Demokratiequalität in Deutschland, ebenfalls gemessen am EIU-Index, verbesserte sich von 2010 bis 2022 und erreichte 2022 einen Wert von 8,8 von 10 Indexpunkten.⁷²

Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes wird die Staatsgewalt in Deutschland vom Volk ausgeübt, das seine Vertreter*innen im Bundestag wählt.⁷³ Die regelmäßigen Wahlen konfrontieren Politiker*innen mit dem ständigen Ziel der Wiederwahl und erfordern daher, die Meinung sowie den Willen der Wählerschaft ernsthaft zu berücksichtigen. Um in einem hart umkämpften politischen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Politiker*innen ihre Politik also nach den Wünschen der Bürger*innen ausrichten.⁷⁴

→ **Einen Überblick** über umgesetzte Maßnahmen der amtierenden Bundesregierung gibt es [hier](#).

Und was ist das Problem?

Fehl- und Desinformationen greifen einen Grundpfeiler der Demokratie an: die freie, selbstbestimmte Meinungsbildung auf Basis von frei zugänglichen Informationen.⁷⁵

Dafür wird das Vertrauen in Nachrichten, Forschung und Regierungsbehörden bewusst geschwächt.

Der **Journalismus** wird diskreditiert, indem journalistische Standards infrage gestellt werden. Der **Wissenschaft** wird das Vertrauen entzogen, indem ihr eine politische Motivation unterstellt wird. **Politische Institutionen** werden in ein schlechtes Licht gerückt, in dem u. a. die Rechtmäßigkeit von Wahlergebnissen hinterfragt wird. Wenn Menschen Nachrichten, Wissenschaft und Regierungsbehörden nicht mehr vertrauen, wird es schwieriger, zwischen Fakten und Lügen zu unterscheiden und an Informationen zu kommen, die vertrauenswürdig sind. Für die freie Meinungsbildung braucht die Demokratie informierte Bürger*innen.⁷⁶

Durch Falschinformationen entstandene Informationslücken werden durch sog. „Alternative Medien“ geschlossen, die sich nicht an wissenschaftliche oder journalistische Standards halten. Eine andere Konsequenz ist die Abkehr von Fakten und das alleinige Bauen auf die eigene

Meinung.⁷⁷ Beides beeinflusst das öffentliche Meinungsbild. Welche politischen Auswirkungen Desinformationen haben können, zeigt die US-Präsidentenwahl 2016. Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass Fehl- und Desinformationen das Wahlergebnis beeinflusst haben könnten. Wähler*innen, die früher Obama gewählt haben, hätten aufgrund von Fehl- und Desinformationen einen anderen Kandidaten als Hillary Clinton gewählt oder gar nicht gewählt.⁷⁸

Nehmen der Einfluss von Fehl- und Desinformationen über einen langen Zeitraum zu, wird der öffentliche Diskurs zunehmend geleitet von emotionaler Rhetorik anstelle von faktenbasierten Argumenten. Folgt das öffentliche Meinungsbild dem Grundsatz „ich glaube, also habe ich recht“⁷⁹, dringt faktenbasierter Journalismus nicht mehr durch. Expert*innen sprechen dann auch von einer postfaktischen Gesellschaft.⁸⁰

→ **Ausführlichere Informationen** zu Folgen von Falschinformationen gibt es [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

Zu unserer Erhebung

Die von uns herausgearbeiteten Narrative basieren auf einer umfassenden Analyse von Falschinformationsnarrativen auf TikTok, Instagram und Telegram im Zeitraum von Juni 2023 bis einschließlich März 2024.

Für die Analyse wurden insgesamt 71 Accounts beobachtet. Die durchschnittliche Reichweite der Accounts beträgt ca. 32.000 Follower*innen auf TikTok und Instagram und 60.000 Abonnent*innen auf Telegram. In einem ersten Schritt wurden Accounts erfasst, die bereits durch die Verbreitung von Falschinformationen aufgefallen sind.

Parallel dazu wurden gezielte Recherchen durchgeführt, indem nach spezifischen und weitverbreiteten Keywords und Hashtags gesucht wurde. Dadurch konnten weitere Kanäle identifiziert werden, die falsche Informationen verbreiteten. In die Analyse flossen insgesamt 73 Beiträge ein. Die Auswahl der Social-Media-Beiträge für die Analyse erfolgte anhand ihrer Views, Likes, Kommentare und Reshares. Die durchschnittliche Reichweite der analysierten Beiträge betrug etwa 49.000 Views.

Diese Auswahlkriterien ermöglichten es uns, einen Einblick in die Verbreitung von Falschinformationen in diesen drei sozialen Medien zu gewinnen.

Jedes der hier aufgeführten Narrative wird durch verschiedene Falschinformationen zusammengesetzt, die zu einem verzerrten Gesamtbild führen. Ein Narrativ bezeichnet eine sinnstiftende Erzählung. Es setzt bspw. Ereignisse durch Hervorhebung und Weglassen von Einzelheiten in einen scheinbar logischen Kontext. Narrative sind aufgeladen mit Werten und Emotionen. Damit sind sie normativ und können eine motivierende Wirkung haben.⁸¹ Unter migrationsfeindlichen Narrativen verstehen wir Erzählungen über Migration und Migrant*innen, die (im Internet) weitverbreitet sind und auf Falschinformationen basieren. In der Regel bestätigen und/oder beinhalten migrationsfeindliche Narrative ein Weltbild, das geprägt ist von Rassismus sowie Demokratie- und Medienfeindlichkeit.

Um die Narrative aus den Falschinformationen herauszuarbeiten, orientierte sich die Analyse an den Frame-Elementen nach Entman.⁸² Entlang dieser Elemente konnten in den untersuchten Beiträgen übergeordnete Narrative festgestellt werden. In unserer Analyse haben wir zudem festgehalten, welche Begriffe und Formulierungen im Zusammenhang mit den Narrativen häufiger vorkommen oder besonders auffällige Wortneuschöpfungen/ Wortzusammensetzungen darstellen. Diese bezeichnen wir als Keywords. Begegnet man einem solchen Keyword, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es sich um ein Falschinformationsnarrativ handelt.

Quellenverzeichnis

- 1 Cheryl Ireton, Julie Posetti (2022): Journalismus, Fake News & Desinformation S. 16 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024) Matthias Kohring und Fabian Zimmermann (2020): Aktuelle Desinformationen: Definition-Konsequenzen-Gegenmassnahmen in „Was ist Desinformation? Betrachtungen aus sechs wissenschaftlichen Perspektiven.“ herausgegeben von der Landesmedienanstalt NRW. S. 21 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 2 Samah Hefny (2022): Gastbeitrag: Hanau-Attentäter: Im Netz geplant, in der Realität ermordet (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024) Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Der Anschlag von Halle (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 3 Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 – Ausgewählte Zahlen im Überblick (zuletzt aufgerufen am 12.04.2024)
- 4 Bundeskriminalamt (2022): Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 Ausgewählte Zahlen im Überblick, S. 8 (zuletzt aufgerufen am 12.04.2024)
- 5 Christian Wallburg (2020): Migration und Kriminalität – Erfahrungen und neuere Entwicklungen (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 6 Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Prof. Dr. Dirk Baier und Dr. Sören Kliem (2018): Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer, S. 73f. (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 7 Mediendienst Integration (2016): Was wissen wir über Migration und Kriminalität? (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 8 Katrin Pfündel, Anja Stichs und Kerstin Tanis (2021): Muslimisches Leben in Deutschland 2020, S. 9, (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 9 Mediendienst Integration (2024): Islam und Muslime (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 10 Statistisches Bundesamt (2024): Statistik der Geburten (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 11 Carsten Wolf (2024): Weniger Bargeld für Asylsuchende (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024) Bundesministerium der Justiz (o. J.): Asylbewerberleistungsgesetz (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 12 Herbert Brücker, Philipp Jaschke, Yuliya Kosyakova und Ehsan Vallizadeh (2023): Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich, S. 1 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 13 Oliver Decker, Elmar Brähler (2018): Flucht ins Autoritäre, S. 100f., S. 260, S. 248 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- Oliver Decker, Elmar Brähler (2018): Flucht ins Autoritäre, S. 100f., S. 260, S. 248 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- Ozan Zakariya Keskinilic (2019): Was ist antimuslimischer Rassismus? (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 14 Statista (2023): Bestand der Sozialmietwohnungen in Deutschland in den Jahren von 2006 bis 2022 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 15 Philipp Deschermeier, Anna-Maria Hagenberger, Ralph Henger (2023): Wie groß ist der Bedarf an neuen Sozialwohnungen, S. 2 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 16 Hein de Haas (2023): Migration – 22 populäre Mythen und was wirklich dahinter steckt, S. 196
- 17 Förderverein PRO ASYL e.V., Amadeu Antonio Stiftung, IG Metall Vorstand, Gemeinnützige Respekt! Kein Platz für Rassismus GmbH, ver.di Bundesvorstand (2017): Pro Menschenrechte Contra Vorurteile, S. 25 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 18 Johanna Herzing (2015): Konkurrenz nährt Sozialneid auf Flüchtlinge (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 19 Zarenga GmbH (2022): Sozialwohnung erhalten: Alles rund um den WBS (Wohnberechtigungsschein) (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 20 Boris Kühn und Julian Schlicht (2023): Kommunale Unterbringung von Geflüchteten – Probleme und Lösungsansätze (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 21 Herbert Brücker, Philipp Jaschke, Yuliya Kosyakova und Ehsan Vallizadeh (2023): Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich, S. 1 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 22 Corrado Giuliotti, Jackline Wahba (2013): Welfare Migration, S. 15 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 23 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2024): Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 24 Daniel Naujoks (2020): Flucht und Migration: Trends, Faktoren, Dynamik in „Globale Wanderungsbewegungen“, herausgegeben von Christoph Beier, Dirk Messner, Hans-Joachim Preuß, S. 3f. (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 25 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2024): Asylgeschäftsstatistik Gesamtjahr und Dezember 2023 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 26 Human Rights Council (2023): Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, S. 9f., S. 14 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 27 Uno Flüchtlingshilfe (2024): Vorurteile gegen Flüchtlinge auf dem Prüfstand, (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 28 Uno Flüchtlingshilfe (2024): Auf der Suche nach Schutz und Sicherheit (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 29 Mediendienst Integration (2024): Flüchtlinge aus der Ukraine (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 30 Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union (2022): Ukraine: Rat beschließt einstimmig vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 31 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2024): Sozialleistungen (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 32 Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2017): Fachkräftengpässe in Unternehmen – Rezepte gegen den Fachkräftemangel: Internationale Fachkräfte, ältere Beschäftigte und Frauen finden und

- binden, S. 4 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 33 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2023): *Das Erwerbspersonenpotenzial schrumpft bis 2060 um 11,7 Prozent* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 34 Statistisches Bundesamt (o. J.): *Demografischer Wandel* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 35 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (2023): *Fachkräftemangel in Deutschland: Herausforderung und Wege in die Zukunft* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 36 Jana Heigl (2023): *#Faktenfuchs: Fachkräftemangel lindern – nur mit Zuwanderung?* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 37 Andreas Peichl, Stefan Sauer, Klaus Wohlrabe (2022): *Fachkräftemangel in Deutschland und Europa – Historie, Status quo und was getan werden muss*, S. 73f. (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 38 Die Bundesregierung (2024): *Neue Wege zur Fachkräftegewinnung* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 39 Die Bundesregierung (2023): *Berufliche Aus- und Weiterbildung. Fit für die Arbeit von morgen* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 40 Bundeszentrale für politische Bildung (2020): *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: von der Gründung der ARD bis heute* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 41 Neue deutsche Medienmacher*innen e.V. (2022): *Welche Gesellschaft soll das abbilden?*, S. 23 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 42 Marcus Maurer, Simon Kruschinski, Pablo Jost (2024): *Fehlt da was? Perspektivenvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten*, S. 19–20 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 43 Deutscher Bundestag (2024): *Die Grundrechte* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 44 Freedom House (2024): *Germany in „Freedom in the World 2021“* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 45 Deutscher Bundestag (2024): *Die Grundrechte* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 46 Pascal Siggelkow (2023): *Nord Stream-Explosionen – Weitere Unstimmigkeiten in Hersh-Bericht* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 47 International Fact-Checking Network (2024): *The commitments of the code of principles* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 48 International Fact-Checking Network (2024): *The commitments of the code of principles* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 49 Br24 Redaktion (2021): *#Faktenfuchs: Wer wir sind und wie wir uns finanzieren* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 50 CORRECTIV (2024): *Unsere Finanzen sind transparent* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 51 dpa (2024): *Faktencheck bei dpa* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 52 Pressekodex (2024): *Trennung von Werbung und Redaktion* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 53 Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich

- (2024): *Fernsehnutzung* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 54 Bundeszentrale für Politische Bildung (2023): *Medienvertrauen in Krisenzeiten* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 55 CORRECTIV (2024): *FAQ: Häufig gestellte Fragen an CORRECTIV.Faktencheck* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 56 Europäische Kommission (2023): *Lampedusa: Kommissionspräsidentin von der Leyen legt 10-Punkte-Plan vor* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 57 Frontex (2024): *Who we are* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 58 Bundeszentrale für politische Bildung (2023): *Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union (2024): *Migrations- und Asylpaket* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 59 European Commission (2023): *10-Point Plan for Lampedusa* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 60 Europäische Kommission (2023): *Lampedusa: Kommissionspräsidentin von der Leyen legt 10-Punkte-Plan vor* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 61 Statistisches Bundesamt (2023): *Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit, Einbürgerungen insgesamt und ausgeschöpftes Einbürgerungspotential* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 62 Bundesministerium für Inneres und Heimat (2023): *Fragen und Antworten: Reform des Staatsangehörigkeitsrechts* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 63 Andreas M. Wüst (2003): *Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland* in „APuZ aus Politik und Zeitgeschichte“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 64 Jannes Jacobsen und Martin Kroh (2021): *Eingewanderte bauen nur schrittweise Bindungen an Parteien in Deutschland auf* in „DIW Wochenbericht 28 / 2021“, S. 493f. (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 65 Rüdiger Schmitt-Beck (2021): *Wahlpolitische Achterbahnfahrt* in „APuZ aus Politik und Zeitgeschichte“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 66 Oskar Niedermayer (2022): *Die Rolle und Funktionen von Parteien in der deutschen Demokratie* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 67 Statista (2024): *Länge der Amtszeiten der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 2023* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 68 Reimut Zohlhöfer (2021): *Krisenmodus statt Visionen. Eine Reformbilanz der Regierungen unter Angela Merkel* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 69 Statista (2024): *Regierungsdauer der bisherigen Koalitionsbündnisse im Bundestag von 1949 bis 2023* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 70 Die Bundesregierung (2024): *Mehr Chancen und mehr Respekt* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 71 Economist Intelligence (2024):

- Democracy Index 2023. Age of conflict*, S. 9 und S. 68 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 72 Statista (2024): *Entwicklung der Demokratiequalität in Deutschland nach dem Democracy Index in den Jahren von 2010 bis 2022* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 73 Deutscher Bundestag (2024): *Der Bund und die Länder* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 74 Karl-Rudolf Korte (2021): *Warum wählen?* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 75 Julia Tegeler (2023): *Desinformationen – was sie bedeuten und warum wir uns damit befassen* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 76 Julia Tegeler (2023): *Desinformationen – was sie bedeuten und warum wir uns damit befassen* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
Lea Frühwirth (2023): *Koordinierter Vertrauensverlust* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 77 Lea Frühwirth (2023): *Koordinierter Vertrauensverlust* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 78 Matthias Kohring und Fabian Zimmermann (2020): Aktuelle Desinformationen: Definition-Konsequenzen-Gegenmassnahmen in „Was ist Desinformation? Betrachtungen aus sechs wissenschaftlichen Perspektiven“, herausgegeben von der Landesmedienanstalt NRW, S. 20 (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 79 Lejla Turčilo und Belma Buljubašić (2018): *Alternative facts und post-truth in Bosnia-Herzegovina*, S. 7
- 80 Lejla Turcilo und Mladen Obrenovic (2020): *Demokratie im Fokus #3 Fehlinformationen, Desinformationen, Malinformationen: Ursachen, Entwicklungen und ihr Einfluss auf die Demokratie* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 81 Amadeu Antonio Stiftung (2017): *Toxische Narrative* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
DasNetz (2024): *Glossar: Narrativ* (zuletzt aufgerufen am 04.04.2024)
- 82 Jörg Matthes (2014): Framing in „Konzepte. Ansätze Der Medien- Und Kommunikationswissenschaft“ herausgegeben von Patrick Rössler and Hans-Bernd Brosius
Robert Entmann (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm in Journal of Communication 43(4): 51–58.

Über uns



Neue deutsche
Medienmacher*innen

Die **Neuen deutschen Medienmacher*innen** sind ein ehrenamtlicher Verein, der sich für mehr Vielfalt im Journalismus starkmacht. Als bundesweite NGO von Journalist*innen mit und ohne Einwanderungsgeschichte setzen wir uns für diskriminierungskritische Berichterstattung, divers besetzte Redaktionen und gegen Hass im Netz ein. Mehr unter neuemedienmacher.de.



NO HATE
SPEECH
MOVEMENT

Seit 2016 sind die Neuen deutschen Medienmacher*innen Projektträger des **No Hate Speech Movement**. Das No Hate Speech Movement klärt auf, bildet starke Allianzen gegen Desinformation und Hate Speech und sensibilisiert die Öffentlichkeit mit Kampagnenarbeit. Vor allem aber unterstützt es Journalist*innen und Medienschaffende dabei, proaktiv gegen Desinformation und Hass im Netz vorzugehen.

Impressum

1. Auflage, April 2024

Redaktion: Malin Neumüller, Omid Rezaee,
Marlene Ulrich, Milena Jovanovic, Elena Kountidou

Gestaltung: actu&tactu

Inhaltlich Verantwortliche gemäß § 55 Abs. 2

RStV: Elena Kountidou, Geschäftsführung

Herausgebende

Neue deutsche Medienmacher*innen e.V.

Potsdamer Str. 99, 10785 Berlin

info@neuemedienmacher.de

Zitationsvorschlag:

Neue deutsche Medienmacher*innen (2024):
Feindbild Migration– Falschinformationen, die
unsere Einwanderungsgesellschaft bedrohen.

Berlin. [https://neuemedienmacher.de/wissen-tools/
falschinformationen](https://neuemedienmacher.de/wissen-tools/falschinformationen)

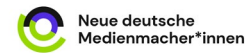
Die Veröffentlichung stellt keine Meinungs-
äußerung des BMFSFJ, des BAFzA oder anderer
Förderpartner*innen dar. Für inhaltliche Aussagen
tragen die Herausgeber*innen und Autor*innen
die Verantwortung.

[Zur digitalen Ansicht](#)

Eine Handreichung des



Ein Projekt von



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Initiiert vom



Unterstützt von

Google News Initiative





NO HATE
SPEECH
MOVEMENT



Neue deutsche
Medienmacher*innen